Stadt Lörrach

Fachbereich/Eigenbetrieb	**Stadtentwicklung und Stadtplanung**
Verfasser/in	Monika Neuhöfer-Avdic
Vorlage Nr.	083/2017
Datum	10.05.2017

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Öffentlichkeit	Sitzung am	Ergebnis
Gemeinderat	öffentlich-Kenntnisnahme	18.05.2017	

Betreff:

Zollquartier Lörrach Riehen

Anlagen:

Pressemitteilung vom 2.3.2017, BMUB
Projektliste final vom BMUB
Pressemitteilung vom 3.3.2017, Badische Zeitung
PowerPoint Präsentation

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Personelle Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen:

Gesamtkosten der Maßnahmen, Beschaffungs-/Herstellungskosten € max. 7,935 Mio.	Finanzierung Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge u.a.) €	Eigenanteil €	Jährlich laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzüglich Folgeerträge und Folgeeinsparungen) €
Mittelbereitstellung Haushaltsplan/Wirtschaftsplan bis Jahr 2021 Jahr	Vorgesehen € 5,29 Mio.	erforderlich € 2,645 Mio.	**Ergebnishaushalt** Profitcenter: Sachkonto:
Finanzplanung:			**Investition** Investitionsauftrag:
Jahr 2017	600.000	300.000	
Jahr 2018	900.000	450.000	
Jahr 2019	960.000	480.000	
Jahr 2020	898.295	449.147	
Jahr 2021	1.934.350	967.175	

Begründung:

Mit der Vorlage 228/2016 vom Januar 2017 "Weiterentwicklung der Projekte Zollquartier Lörrach Riehen und Hauptbahnhof Lörrach" hatte der Gemeinderat die Verwaltung beauftragt, die Förderung durch das Bundesprogramm "Nationale Projekte des Städtebaus 2017" weiter zu verfolgen.

Am 3. März hat die Stadt Lörrach die Zusage vom BMUB in Berlin (Bundesministerium für Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit) von Frau Ministerin Barbara Hendricks erhalten, dass das Projekt „Zollquartier" in das Programm aufgenommen wurde und mit bis zu 5,29 Mio. Euro gefördert werden kann. Dies wurde auch in der lokalen Presse bekannt gegeben.

Zur Erinnerung: Das Förderprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus" ist als zweistufiges Antragsverfahren aufgebaut. Im ersten Verfahrensschritt hatte die Stadt Lörrach eine so genannte „Projektskizze" auf Grundlage der Ergebnisse aus dem Ideenwettbewerb zum Zollquartier eingereicht. Auf dieser Basis hatte eine Jury aus über 90 deutschlandweit eingereichten Projekten 24 zur Aufnahme in das Förderprogramm empfohlen, darunter das Zollquartier. Der Verfahrensablauf sieht nun vor, dass alle ausgewählten Kommunen in einem zweiten Schritt einen formalen Zuwendungsantrag stellen müssen.

Am Dienstag, 2. Mai 2017 hat im Rathaus Lörrach und vor Ort am Zoll Lörrach / Riehen das Auftakt- / Koordinierungsgespräch sowie die Gebietsbegehung stattgefunden. Dafür waren zwei Vertreter des BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bonn) angereist als auch zwei Vertreterinnen der Oberfinanzdirektion Karlsruhe Abteilung Bundesbau Baden-Württemberg, Betriebsleitung, aus Freiburg. Das BBSR Bonn ist im Auftrag des BMUB der Zuwendungsgeber; es ist sowohl fachlich-inhaltlich als auch verwaltungsmäßig für die Umsetzung des Programms verantwortlich. Die staatliche Bauverwaltung ist zuständig für die Unterstützung bei der Vorbereitung des Zuwendungsantrags; sie prüft diesen z. B. baufachlich.

Ziel ist es, den Zuwendungsantrag noch vor der Sommerpause dem BBSR vorzulegen. Dem Antrag ist ein weiterer Gemeinderatsbeschluss beizulegen, in dem die Stadt Lörrach ihre grundsätzliche Bereitschaft darlegt, den kommunalen Eigenanteil von einem Drittel bis zum Jahr 2021 bereitzustellen. Dieser ist in der bisherigen Finanzplanung nicht enthalten. Die Mittel werden in die derzeit in Arbeit befindliche Investitionsplanung der Jahre 2017-2026 eingearbeitet. Dem Gemeinderat werden in jedem Einzelfall (z. B. bei Planungsaufträgen an externe Büros, Grunderwerb, Bau- oder Umbaumaßnahmen) die Eigenmittelanteile zur Genehmigung vorgelegt.

Fazit:
Auf der einen Seite ist die Kofinanzierung durch die Stadt im Haushalt aufzubringen und stellt somit Aufwendungen dar. Auf der anderen Seite bietet sich aber die Chance, Planungen und Maßnahmen, die ohnehin angedacht und notwendig sind, mit finanzieller Unterstützung durch den Bund umzusetzen.

Monika Neuhöfer-Avdić
Fachbereichsleiterin Stadtentwicklung und Stadtplanung

Peter Kleinmagd
Fachbereichsleiter Finanzen